

Antrag K-10

AfA Sachsen

Kommunale Investitionsoffensive

1 *Weiterleitung an die SPD-Bundestagsfraktion*

2 Die SPD-Fraktion im Bundestag wird dazu aufgefordert, gesetzliche Initiativen zu ergreifen, um den massiven Investi-
3 tionsrückstand der Kommunen in Höhe von ca. 120 Mrd. Euro mittels einer Investitionsoffensive umfassend und zügig
4 zu beheben.

5 Die gesetzlichen Initiativen müssen damit verbunden sein, dass im Rahmen der Investitionsoffensive keine ÖPP-
6 Projekte oder Projekte, die zur Privatisierung öffentlicher Einrichtungen und Unternehmen führen, zugelassen werden.
7 Die Investitionsoffensive muss dazu führen, dass die Kommunen in die Lage versetzt werden können, ihre Investitions-
8 rückstände so schnell wie möglich zu beheben und die öffentliche Daseinsvorsorge umfassend mit geltendem Tarifver-
9 trag des öffentlichen Dienstes (TVÖD bzw. TV-L) wiederherzustellen.

10 Die direkten Investitionsmittel für die Kommunen sollen mit der Auflage verbunden sein, dass alle Kommunen und
11 kommunalen Träger öffentlicher Unternehmen sich auf die Einhaltung der Tarifbindung, die Unterbindung von Flucht
12 aus dem geltenden Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes sowie auf die Rückführung ausgegliederter Bereiche bzw. von
13 Tochterfirmen in die Mutterbetriebe unter den Geltungsbereich des Tarifvertrages des öffentlichen Dienstes verpflich-
14 ten müssen.

15 Die Bundestagsabgeordneten der SPD werden zudem aufgefordert, gesetzliche Initiativen zu ergreifen, um angesichts
16 der Überalterung der Beschäftigten im öffentlichen Dienstes Richtlinien zur Stärkung des fachlichen Nachwuchses zu
17 erstellen, die von den Landesregierungen mit entsprechenden Programmen umgesetzt werden müssen.

18 **Begründung**

19 erfolgt mündlich

Empfehlung der Antragskommission: Diskussion durch den Parteitag